

DIE EWIGE ANGST VOR DEM ABSTIEG

Obwohl es dem Schweizer Mittelstand bessergeht denn je, fürchtet er um seine Privilegien. Neben den gefühlten Nöten gibt es aber durchaus reale – und die Politik weiss darauf keine vernünftige Antwort.

- Von Monika Bütler



The Secret Garden.

Meine Mutter hatte ihr Leben lang Angst vor dem Abstieg. Sie sorgte sich um den ganzen Mittelstand. Was damals hiess: mittleres Einkommen, fast ausschliesslich Zwei-Eltern-Familien mit mehreren Kindern, unauffällige Lebensweise. Uns Kindern waren Mutters Ängste in der Unbeschwertheit der 1960er Jahre eher fremd. Für sie, die aus eigener Anstrengung den Aufstieg aus der Armut geschafft hatte, waren sie real.

Diesen Mittelstand gibt es nicht mehr. Nur wenige Mittelständler wissen noch, was Armut ist. Die Zwänge der kleinbürgerlichen Lebensweise sind einer fast unglaublichen Vielfalt an Lebensmustern gewichen. Geblieben ist die Angst vor dem Abstieg; sie ist so alt wie der Mittelstand selber.

Nüchtern betrachtet, geht es uns heute viel besser als in den «goldenen Sechzigern». Wir fahren mehr und grössere Autos, wir beanspruchen fast doppelt so viel Wohnfläche pro Kopf. Wir leisten uns längere und luxuriösere Ferien und haben jede nur denkbare Unterhaltungselektronik zur Verfügung. Alles nur materiell? Nein. Wir sind auch besser

gebildet, werden älter, sind länger gesund, und falls nicht, steht eine eindrückliche medizinische Versorgung bereit. Das alles hat seinen Preis. Die Krankenkassenprämien drücken aufs Haushaltsbudget, die Wohnkosten ebenfalls. Doch ist nicht gerade die Wohnungsnot auch eine Wohlstandserscheinung? Die Kaufkraft des Mittelstands ist noch rascher gestiegen als die Wohnfläche. «Wohnungsnot» scheint denn auch vor allem ein Problem des einheimischen Mittelstands zu sein. Weniger Qualifizierte und Migranten, ob reich oder arm, finden anscheinend problemlos eine passende Unterkunft.

Der Mittelstand zahlt zwar etwas mehr fürs komfortablere Wohnen als früher, profitiert gleichzeitig aber von stark fallenden Preisen in anderen Bereichen (Lebensmittel, Freizeit und Telekommunikation). In kaum einem Land bekommt man mehr Nahrung für weniger Arbeit als in der Schweiz. Wir geben für Lebensmittel etwa gleich viel aus wie für Unterhaltung und Kultur. Der Blick auf einzelne Budgetposten verschleiert zudem Wechselwirkungen: Die Mieten beispielsweise sind dort stark gestiegen, wo die Mobilitätskosten gering sind. Anders ausgedrückt: In Zürich ist das Wohnen teuer, aber man braucht kein Auto.

Nur gegen eins hilft der steigende Wohlstand offenbar nicht: gegen die Angst des Mittelstands vor dem Abstieg. Ist es, weil von unten die Armen aufholen oder weil am oberen Ende die Reichen davonziehen? Den Armen geht es tatsächlich etwas besser als früher. Doch entgegen allen Vorurteilen sind die meisten Reichen in der Schweiz im Vergleich zum Mittelstand nicht reicher geworden. Nur die obersten 1 Prozent haben überproportional zugelegt. Eine Studie aus den USA zeigt aber, dass es heute einfacher ist, aus dem Mittelstand in die Topkategorie der obersten 1 Prozent aufzusteigen. Viel mehr Superreiche als früher wurden nämlich nicht mit dem goldenen Löffel im Mund geboren, sondern schafften den Aufstieg durch Eigenleistung, meist gepaart mit unternehmerischem Risiko.

Selbst ein Absturz aus dem Mittelstand ist heute viel unwahrscheinlicher als früher. Durch den Ausbau des Sozialstaats seit den 1970er Jahren sind die meisten finanziellen Risiken für den Mittelstand umfangreich abgesichert. Ja, den Alten geht es gut, dafür den Familien schlecht – so heisst es oft. Allerdings verschwand die Altersarmut nicht auf Kosten der Familien. Im Gegenteil, der Ausbau der Alterssicherung brachte eine Entlastung für Mittelstandsfamilien. Wie viele andere auch mussten meine Eltern zu einer Zeit, in der sie mit drei kleinen Kindern ohnehin nicht auf Rosen gebettet waren, noch ihre Eltern unterstützen. Dies ein wenig zur Ehrenrettung einer Generation, der man vorwirft, zu hohe Renten zu beanspruchen.

Kinder waren schon immer teuer. Drei und mehr sind sogar richtig teuer – nicht weil sie essen und Platz brauchen, sondern weil ihre Betreuung durch einen Elternteil oder in einer Krippe Ressourcen frisst. (Genau aus diesem Grund gibt es übrigens in der Schweiz – im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern – einen separaten, günstigeren Verheiratedentarif bei den Steuern.) Seit es Studien zum Thema gibt, werden kinderreiche Familien und Alleinerziehende regelmässig als armutsgefährdet identifiziert. Trotzdem nimmt die Armut nicht zu, im Gegenteil.

Woher kommt denn das Unbehagen? Jagt die Politik vielleicht sogar einem Scheinproblem hinterher? Nein – das tut sie nicht. Es gibt innerhalb des Mittelstands tatsächlich viele, die zu viel bezahlen und dafür zu wenig vom Staat erhalten. Daneben gibt es andere, ebenfalls im Mittelstand, die zu viel erhalten und dafür zu wenig bezahlen. Und warum tut die Politik nichts dagegen? Selbstverständlich tut sie etwas. Nur ist der

Aktivismus der Politik manchmal sogar Teil des Problems. Wer genauer hinschaut, merkt nämlich, dass die Krise des Mittelstands eine Krise des arbeitenden und vorsorgenden Mittelstands ist. Wer unter Kosten und Mühe eigenes Einkommen schafft und für schwierigere Zeiten spart, verliert den Anspruch auf gewisse staatliche Leistungen. Umso beunruhigender ist, dass der momentane Trend in der Politik nur in eine Richtung geht: mehr für alle. Wer die Rechnung – einmal mehr – begleichen soll, bleibt ungesagt.

Die Probleme einer angemessenen Wirtschaftspolitik beginnen schon bei der Definition des Mittelstands. Dabei spielt es gar keine Rolle, ob sich die Ziele dieser Politik eher an der Effizienz («rechts») oder am sozialen Ausgleich («links») orientieren. Die Abgrenzung des Mittelstands geschieht heute fast ausschliesslich anhand des Jahreseinkommens. Wie genau sie vollzogen wird, ist nicht einmal so wichtig. Zwischen 70 Prozent und 150 Prozent des Medianeinkommens? (Das Medianeinkommen liegt genau in der Mitte der Verteilung, 50 Prozent der Bevölkerung haben ein tieferes Einkommen, 50 Prozent ein höheres. Das Medianeinkommen ist meistens etwas tiefer als das Durchschnittseinkommen.) Die mittleren 60 Prozent der Bevölkerung? (Was mindestens den Vorteil hat, dass der Anteil des Mittelstands an der Bevölkerung gar nie schrumpfen kann.) Alles einerlei.

Das Einkommen ist nämlich ein miserables Mass für den Wohlstand einer Familie oder einer Einzelperson im Mittelstand. Zum einen ist Einkommen schwierig messbar. Sachdienstleistungen, Transfers zwischen Familienmitgliedern und natürlich auch nicht deklarierte Einkünfte verzerren die Messung des verfügbaren Einkommens. Studien aus den USA zeigen, dass gerade bei eher tieferen Einkommen die Konsumausgaben der Haushalte die deklarierten (Lohn-)Einkommen deutlich übersteigen. Aufgrund seiner Konsummöglichkeiten gehört also ein viel grösserer Teil der Bevölkerung zur Mittelschicht, als es aufgrund der blossen Einkommen scheint.

Zudem: Selbst ein perfekt gemessenes momentanes Einkommen sagt wenig über den Wohlstand eines (mittelständischen) Haushalts aus. Die Konsummöglichkeiten hängen von vielen weiteren Faktoren ab: vom Vermögen im weiteren Sinn (also auch von Anwartschaften, zum Beispiel einem erwarteten Erbe), dem Grad der Absicherung gegen verschiedene Risiken, der verfügbaren Zeit. Die meisten Statistiken berücksichtigen nicht einmal das Vermögen (ob selbst erarbeitet oder geerbt). Dass schwer beobachtbare Grössen wie künftiges Einkommen und Vermögen nicht berücksichtigt werden, ist zwar verständlich – gleichwohl sind diese für den materiellen Wohlstand entscheidend.

Ein Teil der statistisch armutsgefährdeten schweizerischen Haushalte dürfte in Wahrheit dem Mittelstand angehören oder sogar reichumsgefährdet sein. Die einen, weil sie sich aufgrund ihrer Ausbildung oder unternehmerischen Tätigkeit höhere Einkommen in der Zukunft ausrechnen dürfen. Andere, weil sie sich im Hinblick auf ein künftiges Erbe eine brotlose Kunst oder ein gemütliches Leben leisten können. Verlässliche Zahlen dazu gibt es nicht. So klein kann die zweite reichumsgefährdete Gruppe allerdings nicht sein. Der «Tages-Anzeiger» widmete den Nöten der betroffenen Familien einen umfangreichen Artikel. Diese beklagenswerten Haushalte verloren wegen eilig überschriebener Vermögenswerte (aus Angst vor der drohenden Erbschaftssteuer) ihr Anrecht auf Subventionen für Krippen und Krankenkasse.

Ein anderer Teil der als armutsgefährdet geltenden Haushalte hat tatsächlich wenig oder kein Vermögen. Doch viele der heute bemitleideten, finanziell eingeschränkten Eltern waren vor der Familiengründung gutverdienende und (vielleicht aus Steuergründen) unverheiratete Doppelverdiener, die mit Leichtigkeit genügend Geld für die ersten paar kargen Jahre hätten auf die Seite legen können. Dass sie es nicht getan haben, ist durchaus rational. Die Eigenvorsorge wird nämlich durch unser System bestraft.

Ausgeben statt Sparen hat nicht nur mit Kurzsichtigkeit und dem Wunsch, das Leben noch zu geniessen, zu tun. Selbstangespartes Vermögen erschwert den Zugang zu staatlichen Leistungen, von der Krippensubvention über Stipendien bis zur – privat angebotenen – Genossenschaftswohnung.

Unsere Politik basiert auf acht Millionen Momentaufnahmen. Der Lebenszyklus – die Entwicklung des Einkommens über das ganze Leben – wird bei der Identifikation der von der Politik als unterstützungswürdig angesehenen Haushalte nicht berücksichtigt. Damit liegen wir komplett falsch. Das Fotomodell scheint reich, der Student arm. Einkommensprofile, die von «arm» bis «reich» gehen, sind nicht so aussergewöhnlich. Auch eine reiche Familie wird manchmal in ihrer «Armutsphase» registriert – sei es nur wegen eines eben umgebauten Hauses. Wer Pech hat, ist immer genau über der Subventionsgrenze. Wer Glück hat – oder schlauer plant –, erhält staatliche Unterstützung bei Wohnung, Kinderbetreuung und Krankheitskosten.

Indem wir den Lebenszyklus ausblenden, übersehen wir auch, dass das Einkommen stark von den eigenen Entscheidungen abhängt – und diese wiederum von den Anreizen, die die Wirtschaftspolitik vorgibt. Wer rechnet, der kommt zum Schluss: Sparen lohnt sich nicht, und Arbeiten noch weniger. Darüber ist schon viel geschrieben worden. Doch ein mit dem Arbeitseinsatz verwandter Aspekt ging dabei oft vergessen – die Zeit. Auch Zeit ist Geld. Die frei verfügbare Zeit ist gerade für Familien im Mittelstand ein wichtiger Teil ihres Lebensstandards. 100 000 Franken netto für eine Familie können viel oder wenig sein, je nachdem, wie viel Freizeit ihr bleibt.

Soll denn die Freizeit zur Berechnung staatlicher Leistungen berücksichtigt werden? Viele meiner Bekannten weisen diese Frage entrüstet zurück. Fragt man hingegen, ob eine Familie mit 100 000 steuerbaren Franken aus zwei 40-Prozent-Mittelschullehrergehältern gleich viel Steuern bezahlen und staatliche Leistungen erhalten soll wie eine Familie mit demselben Einkommen aus zwei 100-Prozent-Anstellungen in der Krankenpflege, fallen die Antworten differenzierter aus.

Mehr Zeit heisst nicht nur mehr Musse oder mehr Zeit für die Betreuung der Kinder, sondern auch: mehr Zeit, um Rabatte auf Ski für die Kinder auszunützen, günstigere Nahrungsmittel zu kaufen, selbst zu kochen und vieles mehr. Natürlich kennen wir den Wechselkurs von Zeit in Geld nicht für jeden. Dass er existiert, ist jedoch klar. So geben Haushalte nach der Pensionierung fast schlagartig weniger Geld aus – nicht weil sie finanziell weniger Spielraum haben, sondern weil sie den gewohnten Lebensstandard bei mehr Freizeit mit einem deutlich kleineren Einkommen finanzieren können.

Die Berechnung der Subventionen für Kinderbetreuung, Wohnraum und anderes anhand des Einkommens – unter Vernachlässigung der Freizeit – hat zur Folge, dass das Lehrerpär die Krippenplätze im gleichen Mass verbilligt erhält wie das Pflgerpär. Und dass das Lehrerpär diese wahrscheinlich sogar noch eher nutzt. Weil es Zeit und Energie hat, die raren subventionierten Krippenplätze zu suchen. Die Lehrerfamilie erhält zu viel und bezahlt zu wenig. Beim Pflgerpär ist es genau umgekehrt.

Die Fixierung auf das momentane Einkommen als Richtgrösse – ob man dem Mittelstand angehört, welche Leistungen (sprich Subventionen) man erhält – ist gerade wegen der grossen Wahlfreiheit der Individuen heikel. Man muss heute keine Kinder mehr haben (schon gar nicht viele). Man muss auch als Mann nicht voll arbeiten. Man muss nicht verheiratet bleiben, wenn einem der Partner verleidet ist. Man muss nach dem vom Staat bezahlten Medizinstudium nicht arbeiten.

Mehr Wahlmöglichkeiten für den Einzelnen bedeuten immer auch höhere Kosten für den Sozialstaat. Könnte der Staat die Lebensform vorschreiben (obligatorische Heirat und Scheidungsverbot für Paare mit Kindern, Studium nur, wenn nach Abschluss dreissig Jahre gearbeitet wird usw.), wären die Unterstützungskosten deutlich geringer. Je mehr Wahlmöglichkeiten die Haushalte haben, desto schwieriger ist es, sicherzustellen, dass die für den (unteren) Mittelstand gedachten Leistungen am Ziel ankommen. Also bei den Krankenpflegern und nicht bei den Akademikern. Am selbstgewählten Einkommen festgemachte Subventionen führen zudem zu teuren Fehlanreizen für Gesellschaft und Individuen, vor allem weil auch die Finanzierung der Leistungen am selben Indikator, dem Einkommen, hängt.

Also bitte keine Mittelstandspolitik, sondern eine gute Politik für alle. Der Wohlstand des heutigen schweizerischen Mittelstands hat nämlich viel mit einer umsichtigen Wirtschaftspolitik zu tun, die eben gerade nicht als Mittelstandspolitik konzipiert wurde. Zum Beispiel die fast kostenlosen Schulen von durchweg hoher Qualität, die auch Kindern aus weniger privilegierten Kreisen den Aufstieg in den Mittelstand oder noch höher erlauben. Beschäftigungszahlen der zweiten Einwanderergeneration zeigen dies eindrücklich. Anders als in den USA droht den Familien hierzulande keine Verarmung wegen hoher Ausbildungskosten der Kinder. Eine hohe Sicherheit, ein zwar teures, aber qualitativ hochstehendes Gesundheitssystem, ein umfangreiches soziales Netz, grosse Anstrengungen im Umweltschutz, der öffentliche Verkehr und der vielgescholtene Service public stützen die hohe Lebensqualität.

Kein Wunder, fühlen sich viele, die aufgrund der nackten Zahlen nicht zum Mittelstand gehören, dem Mittelstand angehörig. Mit gutem Grund. Die Lebensmuster vieler auf dem Papier Reichen sind mittelständisch, das Selbstverständnis ist es sowieso. Die Zürcher Stadtpräsidentin kurvt mit dem Velo durch ihre Stadt, der Notenbankpräsident fährt spätabends mit dem Tram nach Hause, und im Zug riskiert man, von einer Bundesrätin angesprochen zu werden.

Gute Rahmenbedingungen für Familien (und Firmen – immerhin verstand man früher unter dem Mittelstand die KMU) sind also die beste Mittelstandspolitik. Hier gibt es sicher noch Lücken. Tagesschulen, zum Beispiel. Doch was ist mit dem Steuer- und Transfersystem, über das so heftig diskutiert wird? Eine einfache Lösung gibt es nicht. Die einen fordern mehr Effizienz (positive Arbeits- und Vorsorgeanreize), die anderen mehr sozialen Ausgleich. Mehr vom einen (mehr Umverteilung zum Beispiel) heisst meistens weniger vom anderen. Einig sind sich allerdings die meisten, dass eine gute Steuerpolitik eine freie Wahl der Lebensentwürfe der Menschen ermöglichen sollte. Das ist leichter gesagt als getan. Idealerweise würden wir nämlich an der Himmelspforte unsere gesammelten Lohn- und Einkommensausweise vorweisen sowie die geleistete Arbeitszeit (auch für die Betreuung von Kindern und gebrechlichen Eltern) und die anerkannten Kosten dokumentieren. Wir erhielten dann eine Steuerrechnung auf unser Leben – vielleicht sogar Geld zurück.

Es gibt weniger utopische Ideen, bei denen der Lebenszyklus und die Anreizwirkungen wenigstens teilweise berücksichtigt werden. Erstens die Integration der unzähligen Subventionen ins Steuersystem. Will heissen: Weg mit den einkommensabhängigen Subventionen! An ihre Stelle eine starke Senkung der Steuern im Mittelstand, inklusive Steuergutschriften für den arbeitenden unteren Mittelstand. Es ist absurd, das Existenzminimum zu besteuern und gleichzeitig Subventionen auszurichten. Zweitens, was viele Ökonomen schon lange fordern, eine geringere Besteuerung des Zweitverdiensts in einer Familie. Drittens eine finanzielle Unterstützung der Kinderbetreuung mit Gutscheinen, die auch die von der Familie geleistete Arbeitszeit berücksichtigt. Das perfekte Steuer- und Transfersystem gibt es allerdings nicht – zu

zahlreich sind die möglichen Lebensmuster und die Ausweichmöglichkeiten (besonders der Schlaunen). Perfektionismus führt nur zu noch grösseren Ungerechtigkeiten.

Gute Mittelstandspolitik versucht zudem, offensichtliche Lücken in der sozialen Absicherung sinnvoll (und kostengünstig) zu schliessen. Zu Mutters Zeiten war das die Angst vor dem Tod des Versorgers. Ein Grund, heute aus dem Mittelstand zu fallen, ist der Verlust der Arbeitsstelle im fortgeschrittenen Alter. Selbst eigentlich gutgestellte und vorsichtige Menschen kommen bei einer Kündigung mit 55 in ernsthafte Schwierigkeiten. Denn 400 000 Franken sind auf dem Freizügigkeitskonto viel weniger wert als in der Pensionskasse, weil fast alle Versicherungsleistungen entfallen. Ähnlich geht es anderen mit Erwerbsunterbrüchen, sei es aus familiären oder beruflichen Gründen. Mit geringen und relativ sparsamen Änderungen der zweiten Säule könnte solchen Menschen wenigstens der Versicherungsschutz erhalten bleiben.

Ob all die diskutierten Massnahmen die wirklichen und die gefühlten Nöte des Mittelstands mindern würden, ist mehr als fraglich. Denn je besser die materiellen Verhältnisse, je grösser die Auswahl an möglichen Lebensmustern im Mittelstand, desto enger erscheint der Blick auf die eigene Situation. Dabei hätte der schweizerische Mittelstand allen Grund, optimistisch in die Zukunft zu blicken. Vielleicht ist ja der befürchtete Abstieg für den Mittelstand, was für ein kleines Kind das Krokodil unter dem Bett: eine imaginäre Quelle dosierter Angst, die das warme Bett erst so richtig gemütlich macht.

MONIKA BÜTLER ist Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen und leitet das Schweizerische Institut für Empirische Wirtschaftsforschung; sie lebt in Zürich.



